

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst einmal, damit beginne ich bewusst, herzlichen Dank an die Menschen, die für den Kreis tätig sind und jeden Tag aufs Neue einen super Job leisten. Herzlichen Dank auch an Herrn Schäfer und sein Team, die diesen Haushalt aufgestellt haben.

Ich bin seit 17 Jahren im politischen Hauptamt, als Bürgermeister und nun seit 10 Jahren als Landrat. In dieser Zeit habe ich 17 Haushalte vorgelegt, dazu kommen einige Nachtragshaushalte. All diese Haushalte waren so aufgestellt, dass sie genehmigt werden konnten. Alle sind auch genehmigt worden!

Heute erlebe ich ein Novum – ich gehe nämlich nicht davon aus, dass dieser Haushalt, wie ich ihn heute vorlege, auch genehmigungsfähig ist!

Warum lege ich ihn dennoch vor?

Ich lege ihn vor, um den Kreistag vollumfänglich über die tatsächliche Situation unserer Finanzen zu informieren.

Ich lege ihn auch vor, um die Bürgerinnen und Bürger deutlich darüber zu informieren, wo wir stehen und was die Ursachen dafür sind, dass wir dort stehen, wo wir stehen.

Ich lege ihn auch vor, um den übergeordneten Ebenen in Land und Bund deutlich vor Augen zu führen, was gerade in den Kommunen stattfindet.

Ich hoffe deshalb nach wie vor, dass die katastrophale finanzielle Situation nahezu aller Kreise dazu führt, dass Finanzvorschriften in Hessen endlich angepasst werden. Sie kennen den Satz: Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Ich hoffe auch sehr, dass der Schritt, der am Freitag in Berlin vollzogen wurde, Verbesserungen für die Kommunen bringen wird, Verbesserungen, die wir in den nächsten Wochen in den Haushalt einarbeiten können.

Insofern werden wir hoffentlich – ich gehe davon aus in der Kreistagssitzung am 28. April - über einen anderen Haushalt diskutieren und ihn dann hoffentlich auf den Weg bringen als der, den ich ihnen heute vorlege.

Heute muss ich ihnen nämlich ein Zeugnis des Frustes und der Hoffnungslosigkeit vorlegen.

Diesen Frust und diese Hoffnungslosigkeit haben wir nicht hier im Odenwald verursacht.

Aber wir müssen sie ausbaden!

Damit sind wir nicht alleine.

Vielen Landkreisen in Deutschland geht es momentan so.

Dies tröstet allerdings wenig.

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir durch unsere Wälder streifen, wenn wir durch unseren Odenwald streifen, begegnen wir einem Jahrhunderte, Jahrtausende alten, nachhaltigen Zusammenspiel aus Wachstum, Erneuerung und Widerstandskraft.

Der Wald ist ein hochkomplexes System, ein gesundes Ökosystem, das von seinem Gleichgewicht lebt:

- alte Eichen bieten Schutz und spenden Schatten,
- junge Buchen streben dem Licht entgegen,
- Moose und Farne sorgen für Feuchtigkeit,
- und unter der Erde verflechten sich die Wurzeln zu einem feinen Gewebe, das Nährstoffe und Informationen austauscht.

Das Ökosystem braucht einander.

Das Ökosystem bedingt einander zum Überleben.

Es ist ein System, das sich gegenseitig trägt.

Doch was geschieht, wenn der Mensch rücksichtslos in dieses fein abgestimmte System eingreift?

Wenn er Bäume fällt, ohne neue zu pflanzen?

Wenn er den Boden versiegelt, die Flüsse aufstaut und der natürliche Kreislauf der Natur zerstört wird?

Dann beginnt das Sterben:

Der Boden verdorrt,

der Wind trägt fruchtbaren Mutterboden hinweg,

junge Triebe verkümmern

– und schließlich kollabiert das gesamte Ökosystem.

Genauso geht es gerade den Finanzen unserer Kommunen im ganzen Land - den Landkreisen, den Städten und den Gemeinden, die eigentlich vor Ort die Daseinsvorsorge für die Menschen, die in ihnen leben, sichern und gewährleisten sollen.

Der Grund, dass die Finanzen unserer Kommunen kollabieren, ist nicht durch Naturgewalten verursacht.

Der Grund, dass die Finanzen unserer Kommunen kollabieren, ist auch nicht durch Entscheidungen vor Ort hausgemacht.

Der Grund, dass die Finanzen unserer Kommunen kollabieren, ist alleine durch politische Entscheidungen anderer ausgelöst!

Das Land und besonders der Bund haben für uns entschieden!

Wir, der Odenwaldkreis, sind wie ein gesunder Wald:

voller Potenzial, bereit zu wachsen, bereit, uns nachhaltig zu entwickeln und

Verantwortung für kommende Generationen zu übernehmen.

Doch stattdessen fegt uns der Wind den wertvollen Mutterboden weg.

Immer neue Aufgaben werden uns aufgebürdet, doch die notwendigen Mittel um

diese Aufgaben zu erledigen bleiben aus.

Wir bezahlen die Zeche für Dinge, die andere bestellen.

Das alles ist kein natürlicher Wandel – das ist ein rücksichtsloser Kahlschlag. Ein Kahlschlag, der das fragile Gleichgewicht unserer Kommunen zerstört, der Verwüstung hinterlässt, wo einst Wachstum möglich war.

Es ist, als würde eine Plage von Borkenkäfern über einen Wald herfallen und alles kahlfressen.

Die Förster bleiben hilflos zurück.

Was über Jahre hinweg sorgfältig aufgebaut, gepflegt und erhalten wurde, wird in einem einzigen „großen Fressen vernichtet“.

Die verzweifelten Hilferufe der Förster bleiben ungehört.

Und diese Förster – das sind wir alle gemeinsam:

Ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister überall im Land, die, Hand in Hand, hilflos zusehen müssen, wie ihre Kommunen unter der Last immer neuer Verpflichtungen zusammenbrechen.

Ein Blick zurück:

Meine Haushaltsrede im Jahr 2023, also vor genau zwei Jahren (!), hatte ich damit begonnen, dass der Haushalt des Odenwaldkreises in seinen Aufwendungen erstmals die Grenze von 200 Mio. EUR überschreitet.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
raten sie bitte einmal, wie hoch die Aufwendungen im Haushalt 2025 sind, dem Haushalt, den ich ihnen heute vorlege?

Die Aufwendungen im Haushalt 2025 betragen sage und schreibe mehr als 240 MIO EUR!

240 MIO EUR – also 40 MIO EUR mehr als 2023 - 40 MIO EUR mehr in 2 Jahren (!)

Jetzt frage ich sie:

Was haben der Kreistag und der Kreisausschuss in den Jahren 2023 und 2024 in Eigenverantwortung beschlossen, was Aufwendungen in Höhe von 40 Mio. EUR verursacht hätte?

Ich gebe ihnen die Antwort:

NICHTS, absolut NICHTS!

Wir haben keinen einzigen Beschluss gefasst, der nicht aus Berlin oder Wiesbaden vordiktiert gewesen wäre!

Kommunale Selbstverwaltung = NULL!!!

Kommunale Selbstverwaltung, null, dabei ist die Kommunale Selbstverwaltung nicht irgendeine Norm: Sie ist eine Grundrechtsnorm. Verbrieft in Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz!

2023 und 2024 keinen einzigen Beschluss, der nicht aus Berlin oder Wiesbaden vordiktiert gewesen wäre! Ich wiederhole mich bewusst!

Auch der Haushalt 2025 enthält NULL Entscheidungen, die wir in eigenem Ermessen entscheiden. Kommunalen Selbstverwaltung = Fehlannonce!

Wir haben zudem 2025 NULL Stellenaufwuchs, darauf habe ich penibel geachtet. Das haben wir aber auch, trotz Aufgabenzuwächsen unserem Personal zugemutet.

Und trotzdem haben sich die Aufwendungen innerhalb von 2 Jahren um 40 Mio. EUR erhöht.

40 Mio. für Dinge, die alle andere über unsere Köpfe hinweg bestellt haben.

In welchen Bereichen die Erhöhungen liegen, darauf brauche ich gar nicht näher einzugehen, diese kennen wir alle aus den Steigerungen der Vergangenheit zur Genüge:

Soziale Sicherung, Jugendhilfe, Landesaufgaben, Öffentlicher Personennahverkehr, um nur die Haupttreiber anzuschneiden.

Auch die Personalkosten tragen ihren Anteil, obwohl wir, wie gesagt, keinen Stellenaufwuchs haben:

Alleine die Mehraufwendungen für die Rückstellungen der Beamtenpensionen steigen um mehr als 6 Mio. EUR.

Und, sie wird es nicht wundern, alle Jahre wieder, ist natürlich auch der Landeswohlfahrtsverband wieder mit Steigerungen im siebenstelligen Bereich vertreten.

Doch auch diese Aufgaben bestellen andere.

All dies führt zu einem jahresbezogenen Defizit von rund 19 Mio. EUR.

19 Mio., von denen wir nicht wissen, woher sie kommen sollen!

Eingepreist ist dabei eine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage um 1 Prozentpunkt auf nunmehr 58 Prozentpunkte.

Diese Erhöhung bringt uns Mehreinnahmen von rund 1,6 Mio. EUR.

Oder anders ausgedrückt: Gehen wir diesen Schritt nicht, dann liegt unser Defizit bei 20,5 Mio. EUR.

Diese 1,6 Mio. EUR, die wir bei unseren Städten und Gemeinden einsammeln, werden allerdings auch dort schmerzlich fehlen.

All das, was ich zur kommunalen Selbstverwaltung gesagt habe, gilt natürlich für die Städte und Gemeinden 1:1.

58 Prozentpunkte war der Höchstbetrag, der über Jahre in der Hessischen Gemeindeverordnung festgeschrieben war.

Heute sucht man einen solchen Höchstbetrag vergeblich.

Von den Aufsichtsbehörden hört man dazu: „Es hatte seinen Grund, warum der Gesetzgeber diesen Höchstsatz herausgenommen hat.“

Diesen Grund lernen wir heute kennen:

Um den gesetzlich vorgeschriebenen Haushalts-Ausgleich zu erzielen, müsste dieser Satz bei uns eigentlich bei 69 Prozentpunkten liegen.

„Es ist, als würde eine Plage von Borkenkäfern über einen Wald herfallen, alles kahlfressen und die Förster hilflos zurücklassen. Was über Jahre hinweg sorgfältig aufgebaut, gepflegt und erhalten wurde, wird in einem einzigen „großen Fressen vernichtet“.

Unsere Städte und Gemeinden wären kahlgefressen, sollte dies Realität werden!

Haushalt 2025: Der Kampf ums Überleben

Unsere Zahlen für das Jahr 2025 sprechen eine deutliche Sprache:

Das geplante Defizit liegt bei knapp 19 Millionen Euro – nicht, weil wir verschwenderisch sind, sondern weil uns keine Wahl bleibt.

Wie ein Wald, der seine letzten Reserven mobilisiert, um den Dürresommer zu überstehen, so versuchen auch wir, mit kluger Haushaltsführung das Schlimmste zu verhindern.

Doch es wird uns nicht gelingen, wenn von außen weiterhin nur Druck und Belastungen kommen, aber keine Unterstützung.

Das ist vergleichbar damit, dass für den Wald zur Dürre auch noch ein heftiger Sturm mit hinzukommt.

Wir sehen es ganz deutlich:

Die Kreisumlage steigt, die Sozialausgaben steigen, die Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich hingegen reichen nicht aus.

Die Anpassung der Finanzausgleichsmasse liegt weit unter dem tatsächlichen Bedarf – das ist, als würde man einem austrocknenden Wald nur ein paar Tropfen Wasser gönnen und sich dann wundern, warum er weiter verdorrt.

Wir tun, was wir können – aber es reicht nicht!

Wie jeder Förster, der seinen Wald liebt und schützt, haben auch wir alles getan, um unseren Haushalt zu stabilisieren.

- Wir haben nur dort investiert, wo es absolut nötig war.
- Wir haben Personal effizient eingesetzt.
- Wir haben Fördermittel genutzt.
- Wir haben Verwaltungsstrukturen optimiert.

Doch es reicht nicht!

Es reicht nicht, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Ein Wald kann sich nicht selbst bewässern, wenn es über Jahre hinweg nicht regnet.

Wir müssen uns daher einmal mehr die Frage stellen:

Wie lange können die Landkreise, die Städte und Gemeinden, wie lange kann der Odenwaldkreis diesen Belastungen standhalten, wenn von Land und Bund immer neue Aufträge, aber keine Finanzmittel kommen?

Wir müssen an dieser Stelle die klare Botschaft an Land und Bund senden:

So kann es nicht weitergehen!

Wir wollen auch Antworten!

Und wir wollen Lösungen!

Die Kreise, der Odenwaldkreis sind kein Selbstbedienungsladen, in dem man beliebig neue Aufgaben ablädt, ohne einen gerechten finanziellen Ausgleich zu schaffen.

Bund und Land verheizen unser Holz, ohne die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Neues nachwachsen kann.

Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung, wir brauchen genug Geld, um unsere Pflichtaufgaben erfüllen zu können, ohne jedes Jahr aufs Neue wieder in Haushaltsnöten zu stecken.

Als Bürgermeister und als Landrat bin ich mit dem Slogan angetreten „ich will gestalten, nicht verwalten“.

Inzwischen bin ich aber zum Insolvenzverwalter degradiert.

Im Unterschied zu einem Landrat hat aber ein Insolvenzverwalter Steuerungsmöglichkeiten um einen Betrieb zu retten.

Landrätinnen und Landräte, landauf, landab, haben diese Steuerungsmöglichkeiten aber nicht!

Unsere Forderungen sind klar:

- Eine bedarfsgerechte Finanzausstattung für die kommunale Familie, für die Kreise, für die Städte und Gemeinden!
- Eine faire Lastenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen!
- Eine ehrliche Überprüfung der kommunalen Finanzierung auf Landes- und Bundesebene!

Ohne diese Maßnahmen wird die finanzielle Dürre weitergehen.

Und wenn ein Wald stirbt, dann stirbt nicht nur er – dann sterben mit ihm auch die Tiere, die in ihm leben, die Pilze, die ihn vernetzen, und letztlich auch die Menschen, die von seiner Luft, seinem Wasser und seiner Stabilität abhängig sind.

Wir, die Kreise, zusammen mit den Städten und Gemeinden, sind der fruchtbare Boden unseres Landes.

Wir sind die Wurzeln, die das soziale Gefüge zusammenhalten.

Doch ohne Wasser – ohne faire finanzielle Rahmenbedingungen – können auch wir nicht überleben.

Mein Bild von einem gesunden Wald, das finde ich tagtäglich in unserem Odenwald. Und diesen will ich meinen Kindern und Enkeln auch erhalten.

Ich danke Ihnen.